Berichtsvorlage
KuM/001/2026

Beratung	Datum	Behandlung	Ziel
Kulturausschuss	10.07.2026	öffentlich	Bericht

Betreff:

Umgang mit potenzieller Raubkunst in Nürnberger Museen
hier: Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30.04.2025

Anlagen:
01_Antrag Die Grünen vom 30.04.2025_AN_090_2025
02_Diversity-Checkpdf
03_Bericht

Bericht:

Mit der Unterzeichnung der Washingtoner Erklärung hat sich die Bundesrepublik Deutschland 1998 dazu verpflichtet, die Identifizierung von NS-verfolgungsbedingt entzogenem Kulturgut voranzubringen und mit den Erben „gerechte und faire Lösungen“ zu finden. Die Stadt Nürnberg hat hierauf unmittelbar reagiert und 2004 als eine der ersten Kommunen in Deutschland eine Stelle für Provenienzforschung am Stadtarchiv geschaffen. Darüber hinaus wurde Leibl Rosenberg mit der Erforschung der Sammlung der IKG an der Stadtbibliothek beauftragt.

Der „Umgang mit potenzieller Raubkunst“ hat sich zuletzt jedoch grundlegend verändert. Um diesen aktuellen Herausforderungen zu begegnen, wird eine dienststellenübergreifende Evaluierung der Provenienzforschung und der Rückgabepraktiken bei der Stadt Nürnberg vorgeschlagen und zu einem späteren Zeitpunkt dem Kulturausschuss zum Beschluss vorgelegt.

1. Finanzielle Auswirkungen:

☒ Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:
Eine fundierte Aussage zu den finanziellen Auswirkungen kann erst nach einer detaillierten dienststellenübergreifenden Evaluierung getroffen werden. Ggf. fallen auch bereits für die Evaluierung gesonderte Kosten an.

(→ *weiter bei 2.*)

☐ Nein (→ *weiter bei 2.*)

☐ Ja

☐ Kosten noch nicht bekannt

☐ Kosten bekannt

Gesamtkosten	€	**Folgekosten**	€ pro Jahr
		☐ dauerhaft	☐ nur für einen begrenzten Zeitraum
davon investiv	€	davon Sachkosten	€ pro Jahr
davon konsumtiv	€	davon Personalkosten	€ pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?
(mit Ref. I/II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. I/II / Stk in Kenntnis gesetzt)

☐ Ja

☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

☒ Nein (→ *weiter bei 3.*)

☐ Ja

☐ Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans

☐ Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)

☐ Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit DIP ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

☐ Ja

☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:

☐ Nein

☒ Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

Der Umgang mit Raubkunst betrifft Unrechtskontexte, die rassistisch, politisch, religiös und weltanschaulich motiviert sind und Menschen aufgrund ihrer sexueller Orientierung ausgrenzen.

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

☐ **RA und DiP** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)

☐

☐

☐